

**Bundesministerin Svenja Schulze**

(A) FDP und der Abg. Ina Latendorf [DIE LINKE])

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Und die letzte Nachfrage stellt Matthias Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Frau Ministerin, ich würde Ihnen gern noch mal Zeit verschaffen wollen, weil Sie gerade in Ihren Ausführungen die zweifache Frage meines Kollegen Stefinger nicht beantwortet haben. Sie sparen beim Thema „Bekämpfung des Hungers in der Welt“. Gleichzeitig machen Sie in Ihrem Ministerium Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit. Wieso geben Sie mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit aus?

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Svenja Schulze**, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Herr Abgeordneter, ich muss in dem Krisentitel sparen, bei dem Titel, in dem es darum geht, sich auf unerwartete Dinge vorzubereiten. Und ja, wir geben ein kleines bisschen mehr aus für Öffentlichkeitsarbeit.

(Yannick Bury [CDU/CSU]: Nächstes Jahr auch schon!)

Das ist aber notwendig, weil wir auch in Deutschland für das werben müssen, was wir dort tun. Wir haben auch die Aufgabe, über die globalen Nachhaltigkeitsziele und das Engagement, was wir in der Welt leisten, in Deutschland aufzuklären. Das ist ein wichtiger Teil der Arbeit, den ich eben auch erfüllen möchte.

(B)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Vielen Dank. – Die nächste Hauptfragestellerin ist für die Unionsfraktion Dr. Ingeborg Gräßle.

**Dr. Ingeborg Gräßle (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich möchte dem Herrn Bundesfinanzminister eine Frage stellen. Ihr FDP-Generalsekretär hat ja den Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnet, das konsequentes Regierungshandeln erschwere. Da kann man sich die fehlende Zustimmung der Bundesregierung etwa zu europäischen Asyllösungen vorstellen.

Ich frage Sie als Minister dieser Bundesregierung, der damit auch mitverantwortlich ist für die Positionierung der Bundesregierung und für die aktuelle Migrationspolitik: Teilen Sie die Einschätzung Ihres Generalsekretärs, und wie lange schauen Sie dem dann noch im Bundeskabinett zu? – Danke für eine Antwort.

(Beifall bei der CDU/CSU) – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Die Frage ist super!)

**Christian Lindner**, Bundesminister der Finanzen:

Frau Gräßle, ich bin zwischenzeitlich zuversichtlich, dass die Bundesregierung dem Asylpaket auf der europäischen Ebene zustimmen wird. Damit wird ein grundlegender Paradigmenwechsel verbunden sein: vom

Schutz der europäischen Außengrenze über die Vereinfachung der Asylverfahren hin zur Verlagerung der Stellung eines Asylantrags in den Bereich außerhalb der Europäischen Union. Damit wird Grundlegendes verändert. Was seit 2015 nicht möglich war, um Kontrolle in Europa zu erreichen, kann jetzt möglich werden. Deshalb wird die Bundesregierung vollumfänglich ihrer Verantwortung gerecht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Sie haben die Möglichkeit zu einer Nachfrage.

**Dr. Ingeborg Gräßle (CDU/CSU):**

Ja, natürlich will ich nachfragen. – Die aktuelle Zuwanderung ist mehr als doppelt so hoch wie die im Jahr 2015, um es noch einmal zu sagen. Durch die ganze Zeitverzögerung entstehen zusätzliche Kosten. Sie haben keine zusätzliche Vorsorge im Bundeshaushalt getroffen. Wie werden Sie denn mit den erforderlichen Mehrausgaben umgehen? Wann treffen Sie diese Vorsorge? – Danke schön.

**Christian Lindner**, Bundesminister der Finanzen:

Frau Kollegin, im Unterschied zur damaligen Situation geht ein sehr großer Teil von Menschen, die zu uns flüchten, nicht in das Asylbewerberleistungsgesetz, sondern in das Bürgergeld mit unmittelbarem Arbeitsmarktzugang, nämlich jene, die aus der Ukraine kommen. Die Unterstützung für diese Menschen findet sich also im Etat des BMAS im Bereich des Bürgergeldes, und wir wollen die Arbeitsmarktintegration verbessern. Darüber hinaus beteiligt sich der Bund im Wege der gesamtstaatlichen Verantwortung auch an den Leistungen der Länder für Geflüchtete, zum Beispiel aus Afghanistan und Syrien, obwohl deren Unterstützung kompetenziell –

(D)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Christian Lindner**, Bundesminister der Finanzen:

– durch das Grundgesetz den Ländern zugeordnet ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Gibt es Nachfragen dazu? – Eine Nachfrage von Herrn Glaser.

**Albrecht Glaser (AfD):**

Herr Finanzminister, apropos Kosten im Zusammenhang mit dem Thema Migration: Wir haben schon mal – das liegt ein bisschen zurück – mit vielen Fragen von der Bundesregierung die gesamtstaatlichen Kosten dafür herauszukriegen versucht, und zwar die jährlichen Kosten für das gesamte Migrationsbewältigungsgeschehen, selbstverständlich über alle Ebenen des Staates. Klar ist, dass die Bundesebene natürlich nur einen Teil trägt. Die Bundesebene hat uns damals immer beschieden, sie wisse